

Neue Debatte über alte Idee für Vaterschaftsurlaub

Kommission des Ständerats will zwei Wochen Papi-Zeit als Gegenvorschlag zur Volksinitiative

LUKAS MÄDER, BERN

Der Entschied fiel knapp aus, am Mittwochabend, dem 27. April 2016, als der Nationalrat über einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub abstimmte. Mit 97 Stimmen lagen die Gegner aus FDP und SVP vorne, die Befürworter kamen nur auf 90 Stimmen – auch weil die CVP die parlamentarische Initiative nicht geschlossen unterstützte, obwohl sie aus den eigenen Reihen kam, vom Bündner Nationalrat Martin Candinas. Seither sind nicht nur gut zwei Jahre vergangen, sondern auch der politische Druck ist gestiegen: Letzten Sommer hat eine breite Allianz von Gewerkschaften, Familienverbänden sowie Männer- und Frauenorganisationen ihre Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie» eingereicht.

SP unterstützt Gegenvorschlag

In diesem Zusammenhang liegt der Vorschlag einer zweiwöchigen Papi-Zeit nun wieder auf dem Tisch, als indirekter Gegenvorschlag zur Forderung der Initianten nach vier Wochen. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats (SGK-S) will einen detaillierten Gesetzesvorschlag ausarbeiten. Gemäss den Eckwerten sollen die zwei Wochen am Stück oder auch tageweise in den ersten sechs Monaten nach der Geburt des Kindes bezogen werden müssen. Die Finanzierung erfolgt über die Erwerbsersatzordnung (EO), mit der auch der Erwerbsausfall bei Dienstpflicht und Mutterschaft bezahlt wird. Laut Berechnungen des Bundes würde der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub 224 Millionen Franken kosten gegenüber 449 Millionen Franken bei den vier Wochen der Volksinitiative (Einführung ab 2021).

Dass sich die Debatte erneut auch um zwei Wochen Urlaub für frischgebackene Väter dreht, ist einer Allianz aus CVP und SP zu verdanken. Einigermassen überraschend haben in der Kommission auch die sozialdemokratischen Stände-



Das Kind soll auch einen engeren Bezug zum Vater entwickeln können, finden Anhänger der Papi-Zeit.

OLIVIER MAIRE / KEYSTONE

räte dem indirekten Gegenvorschlag zugestimmt. Denn eigentlich unterstützen die Linken die Forderung nach vier Wochen der Volksinitiative. SP-Ständerat Hans Stöckli (Bern) will sich denn auch nicht festlegen, wie er allenfalls zwischen Gegenvorschlag und Volksinitiative entscheiden würde – sozusagen zwischen dem Spatz in der Hand und der Taube auf dem Dach. Dazu seien noch zu viele Fragen offen.

Noch ist nicht klar, ob der indirekte Gegenvorschlag überhaupt den nächsten Schritt überlebt. Denn nun muss die zuständige Nationalratskommission den Eckwerten der SGK-S zustimmen. Noch

ist offen, ob dies die Sozialkommission (SGK-N) oder die Bildungskommission (WBK-N) sein wird. Da im Nationalrat SVP und FDP gemeinsam eine knappe Mehrheit haben, könnte die Idee der ständerätlichen Kommission ein rasches Ende nehmen.

Schafft es der indirekte Gegenvorschlag aber in die Detailberatung, stellt sich die Frage, ob die Initianten ihr Volksbegehren zurückziehen. Denn nur mit diesem Schritt bekämen die zwei Wochen eine breitere Unterstützung – möglicherweise bis in die FDP hinein. Doch ein solcher Rückzug ist unsicher, wie Adrian Wüthrich, SP-Nationalrat

und Präsident des Initiativkomitees, sagt. Zwar sei es positiv, dass die SGK-S das Bedürfnis eines Vaterschaftsurlaubs anerkenne. «Aber unsere Initiative mit vier Wochen Vaterschaftsurlaub ist bereits als pragmatischer und finanzierbarer Kompromiss lanciert worden», sagt Wüthrich. Deshalb sei die Mehrheit der Initianten kaum zu einem Rückzug bereit.

Der Entscheid der SGK-S für zwei Wochen Papi-Zeit, finanziert über die EO, wie das Candinas bereits einmal vorgeschlagen hat, ist auch ein Entscheid gegen das Modell Elternzeit der FDP. Diese wollte insgesamt 16 Wochen Elternurlaub einführen, welche Vater und Mut-

ter unter sich aufteilen können, bei minimal acht Wochen für die Mutter. Gleichzeitig forderte die FDP eine Gegenfinanzierung, um die Mehrkosten aufzuwiegen.

Die FDP-Fraktion hatte ihren Vorschlag erst Anfang Juni präsentiert und dabei versucht, sich mit einem neuen Ansatz zu positionieren. «Wir wollten zeigen, wie eine Lösung aus freisinniger Sicht aussehen müsste», sagt FDP-Ständerat Andrea Caroni (Appenzell Ausserrhoden). Doch es gebe viele in der Fraktion, die den Vorschlag nur zähneknirschend

Elternzeit – allein der Glaube zählt

Kommentar auf Seite 11

mitgetragen hätten. Auch für Caroni selbst ist ein Einschwenken auf die zwei Wochen der SGK-S ausgeschlossen: «Ohne Gegenfinanzierung und Flexibilisierung kann ich einen staatlich finanzierten Vaterschaftsurlaub nicht unterstützen.»

Sympathien für Elternzeit

Dass die FDP überhaupt einen eigenen Vorschlag präsentiert hat, liegt auch daran, dass die freisinnige Wählerschaft zumindest in urbanen Gebieten und in der Westschweiz durchaus Sympathien für einen Elternurlaub hegt. Beat Habegger, Vizepräsident der Stadtzürcher FDP und Leiter der FDP urban, spricht von einem «Gebot der Stunde». Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei ein grosses Thema, sagt er. Das Anliegen gewinne, verbunden mit einer vernünftigen Finanzierung, an Sympathie.

Möglicherweise gehen die Sympathien einiger FDP-Wähler aber noch weiter. Wie viele einen indirekten Gegenvorschlag oder die Volksinitiative unterstützen würden, ist unklar. Ein Parlamentarier glaubt jedoch, dass bei einer Parolenfassung bis zu einem Drittel der FDP-Delegierten sogar für ein Ja zur Initiative zu gewinnen sein könnten.

Erpresste Politiker wollen Kampf gegen Cybercrime verstärken

Kriminelle gehen im Internet immer professioneller gegen ihre Opfer vor

DANIEL GERNY

Seit Wochen sorgt eine Welle von erpresserischen Mails, die professionell daherkommen, für Beunruhigung: Die Täter drohen mit der Veröffentlichung von manipulierten pornografischen Bildern und damit, im Namen ihrer Opfer betrügerische Ebay-Anzeigen zu schalten oder Drogen zu kaufen. Um dies zu verhindern, müssten die Mail-Empfänger einen Betrag von mehreren hundert bis tausend Franken einzahlen. Erpresser-Mails dieser Art zirkulieren seit Jahren. Doch die Perfidie, mit der die Täter ihre Opfer unter Druck setzen, nimmt ein neues Ausmass an: Die Drohungen seien psychologisch äusserst raffiniert aufgebaut, weil die Täter vorgeben, den Mail-Empfänger bestens zu kennen, meint der Solothurner SP-Nationalrat Philipp Hadorn: Die Erpresser drohten damit, ihre Opfer sozial und psychisch zu zerstören.

Hadorn gehört zu einer Reihe von Nationalräten, die in ihrer Mailbox ebenfalls ein Erpressers Schreiben vorfinden. Wie viele eidgenössische Parlamentarier von der kriminellen Attacke betroffen sind, lässt sich nicht genau beziffern. Der «Blick» spricht von vier Nationalräten. Weder das Bundesamt für Polizei (Fedpol) noch die Parlamentsdienste haben einen genauen Überblick. Das Fedpol betont, dass der Erpressungsversuch nicht auf politische Amtsträger allein zugeschnitten sei. Schweizweit seien zahlreiche Personen betroffen. Die Behörden raten den Opfern, bei der Polizei Anzeige zu erstatten. Im Kanton Zürich sind laut Kantonspolizei vier Anzeigen eingegangen, darunter eine von einem

Nationalrat. Es dürfte sich um Nik Gugger handeln, der auf Anfrage bestätigt, sich bei der Polizei gemeldet zu haben.

Seit Jahren nimmt die Cyberkriminalität zu. Oft handelt es sich um ganz banale Alltagskriminalität, die mit digitalen Mitteln durchgeführt wird. Auch bei den Droh-Mails gegen die Politiker handelt es sich genau genommen um gewöhnliche Erpressung. Obwohl gerne von Cyberkriminalität gesprochen wird, sind für solche Delikte die einzelnen Kantone zuständig. Das wundert den Berner SVP-Nationalrat Adrian Amstutz, der ebenfalls eine Droh-Mail erhalten hat: «Es hat doch keinen Sinn, wenn unzählige Polizeiposten mit gleichlautenden Anzeigen beschäftigt werden und mit Ermittlungen

im selben Fall beginnen», sagt er ärgerlich. Bereits hat Amstutz deshalb das Gespräch mit Fedpol-Direktorin Nicoletta della Valle gesucht.

Veraltete Polizeistrukturen

Die Ermittler stossen in den einzelnen Kantonen tatsächlich an Grenzen: Die Täter erreichen heute auf einen Schlag Opfer aus verschiedenen Landesteilen. Auch im vorliegenden Fall stammen die vier Nationalräte, die eine Erpresser-Mail erhalten haben, aus drei Kantonen. Ausserdem operieren die Täter häufig aus dem Ausland – vermutlich auch im gegenwärtigen Fall. «Das schliessen wir aus dem geforderten Geldbetrag in Euro und der

Sprache», heisst es bei der Kapo Zürich. Hinzu kommt, dass die Täter in der digitalen Welt ihre Spuren rasend schnell verwischen. Kurz: Für die komplexen Ermittlungen von heute sind die Strukturen aus dem letzten Jahrhundert veraltet.

Bund und Kantone sind zwar daran, ihre Aktivitäten bei der Bekämpfung von Internetkriminalität besser zu koordinieren. Eine neue Plattform unter dem Titel Cyberboard soll die Akteure zusammenführen. In regelmässigen Treffen wollen die Bundesanwaltschaft, das Fedpol, die kantonalen Polizeikorps sowie die Staatsanwaltschaften Informationen austauschen und ihr Vorgehen aufeinander abstimmen. Das soll die Ermittlungen beschleunigen und es zudem ermöglichen,

ein Lagebild im Bereich der Cyberkriminalität zu erstellen. Inwiefern das Cyberboard, dessen Kick-off-Meeting vor den Sommerferien stattfand, Einfluss auf die Aufklärung der laufenden Erpressungswelle hat, ist offen. Vor allem genügt die Plattform allein noch nicht, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Projekt kommt nicht vom Fleck

So verlangt der Bundesanwalt Michael Lauber schon lange, dass die Kräfte auch auf Ermittlerebene gebündelt werden. Ein schon vor einiger Zeit lanciertes Projekt zur Schaffung von kantonalen Cybercrime-Zentren kommt jedoch nicht vom Fleck. Vorgesehen wären rund drei regionale Zentren, die die Kantone bei komplexen Ermittlungen entlasten. In die Arbeiten involviert sind die Bundesanwaltschaft, das Fedpol, die Schweizerische Staatsanwälte-Konferenz sowie die Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten (KKPKS). Weil die Vorarbeiten noch am Laufen seien, könnten keine neuen Aussagen gemacht werden, schreibt die KKPKS auf Anfrage. Laut KKPKS ist das Projekt aber nicht dringlich, «da der operative Austausch bereits jetzt stattfindet und die Ermittlungsarbeit von den Korps professionell und auch mit Erfolgen wahrgenommen wird».

Das sieht Erpressungsopfer Gugger anders: Er will mit Mitstreitern aus allen politischen Lagern Druck aufbauen, damit Ermittlungen gegen Cyberkriminelle künftig endlich effizienter erfolgen können. Auch Amstutz findet: «In solchen Fällen müssten die Fäden unbürokratisch an einem Ort zusammenlaufen.»

Sicherheitspolitiker kritisieren das Vorgehen des Bundesrats

mdr. Bern · Der Bundesrat mache in Sachen Cybersicherheit zwar vorwärts, aber viel zu zögerlich. Das finden Kritiker aus Wirtschaft und Wissenschaft, die sich nach dem Grundsatzentscheid des Bundesrats für ein Kompetenzzentrum Anfang Juli zu Wort gemeldet hatten. Zu diesen kritischen Stimmen gesellen sich auch die Sicherheitspolitiker des Nationalrats. In einem Brief an Bundespräsident Alain Berset formulieren sie ihre Bedenken. Dieses Vorgehen hat die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats einstimmig beschlossen.

Die Kommission bemängelt, dass der Bundesrat für das geplante Kompetenzzentrum Cybersicherheit bzw. seinen Vorsteher keine Weisungsbefugnisse vorsehe.

«Eine reine Koordinationsaufgabe ist nicht zielführend», heisst es im Brief. Das Parlament hatte bereits Ende 2017 mit seiner praktisch einstimmig überwiesenen Motion von Ständerat Joachim Eder (Zug, fdp.) verlangt, dass ein Kompetenzzentrum Weisungsbefugnisse innerhalb der Bundesverwaltung erhalten solle. Der Bundesrat ignorierte in seinem Entscheid vom Juli diesen Wunsch des Parlaments.

Weiter fordert die Kommission, dass der Bundesrat unverzüglich personelle und finanzielle Ressourcen für die Cybersicherheit zur Verfügung stellt. Es könne nicht sein, dass angesichts der steigenden Bedrohungslage prioritäre Massnahmen verschleppt würden, nur weil die nötigen Ressourcen nicht gesprochen worden

seien. Zu den besonders dringlichen Massnahmen zählt die Kommission den Ausbau der bestehenden Melde- und Analysestelle Informationssicherung (Melani), den Schutz der kritischen Infrastrukturen, die Darstellung und Beurteilung der Cyber-Bedrohungslage sowie die Sensibilisierung der Bevölkerung für Cyberrisiken.

Nach Meinung von Nationalrat Balthasar Glättli (gp., Zürich), der mit Marcel Dobler (fdp., St. Gallen) den Brief in die Kommission eingebracht hatte, sollte die Bundesverwaltung möglichst rasch neue Stellen ausschreiben können. Zumal es nicht einfach sein dürfte, die gefragten Experten für Cybersicherheit zu rekrutieren angesichts des Fachkräftemangels.